

Modeschöpfer Kretschmer, Models



Unterhaltung
„Hohl in der Birne“

Designer und Moderator **Guido Maria Kretschmer**, 49, über seine neue Show „Deutschlands schönste Frau“ (ab Mittwoch, 11. Februar, 21.15 Uhr, RTL)

SPIEGEL: Was unterscheidet Ihre Sendung von Model-Castingshows wie „Germany's Next Topmodel“?

Kretschmer: Es geht bei uns nicht nur um Äußerlichkeiten. Wir suchen eine Frau mit Charakter und einer interessanten Biografie, weil wir zeigen wollen, dass diese Dinge genauso begehrenswert machen wie das Aussehen. Die Gewinnerin darf ruhig einen dicken Po und Cellulite haben.

SPIEGEL: Sie wird in den Ländern einer Wäschemarke auf Werbeplakaten zu sehen sein. Hat eine Frau mit Kleidergröße 44 da wirklich eine Chance?

Kretschmer: Absolut. Sie muss sich ja nicht unbedingt nur im BH zeigen. Wenn man sie toll zurechtmacht und fotografiert, kann sie genauso schön sein wie eine Frau mit Größe 36. Selbst die dünnsten Models werden getunt und auf Fotos retuschiert. Wer glaubt, dass die Mädels in echt so aussehen, tut mir leid.

SPIEGEL: Aber das Schönheitsideal der Mode ist nun mal jung und schlank.

Kretschmer: Man muss versuchen, sich davon zu lösen. Ist doch egal, wenn die Beinchen kräftig sind, solange sie einen sicher durchs Leben tragen. Und was nützen die schönsten Beinchen, wenn man dafür hohl in der Birne ist?

SPIEGEL: Sind Sie Feminist?

Kretschmer: Ja. Ich habe lange die „Emma“ gelesen und

bin zum Beispiel auch für die Frauenquote, weil ich es traurig finde, dass Frauen noch immer nicht die gleichen Karrierechancen haben wie Männer. Zusätzlich ist man als Frau noch dem Druck ausgesetzt, stets appetitlich aussehen zu müssen. Nehmen Sie unsere Kanzlerin. Die kann eine wichtige Rede halten, und trotzdem sagen hinterher alle: Was hatte die bloß wieder für eine Frisur?

SPIEGEL: Die Frauen in Ihrer Erfolgssendung „Shopping Queen“ trinken ständig Prosecco und haben oft 50 Paar Schuhe im Schrank. Sieht so ein modernes Frauenbild aus?

Kretschmer: Natürlich nicht. Aber man kann sehr wohl ein bisschen Tussi sein und trotzdem mit beiden Beinen im Leben stehen. akn

Fernsehen

Investitionspflicht für ARD und ZDF

Dass ARD und ZDF mehr Geld ins Programm investieren sollen, gehört seit Jahren zu den Forderungen der deutschen TV-Produzenten. Unterstützung dafür bekommen sie nun aus der Politik. Der für Medien zuständige Staatssekretär in Nordrhein-Westfalen, Marc Jan Eumann (SPD), will die öffentlich-rechtlichen Sender dazu verpflichten, dass sie die für Programmausgaben bewilligten Gelder auch tatsächlich für Programm verwenden müssen. Das ist bisher anders: Die ARD gab zwischen 2009 und 2012 knapp 94 Millionen Euro weniger für Programm aus, als ihr die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs genehmigt hatte. Der größte Teil der Summe floss stattdessen in Personalausgaben. Das ZDF investierte sogar 142 Millionen Euro weniger als vorgesehen. Ginge es nach Eumann, der seinen Vorschlag demnächst in die Rundfunkkommission der Länder tragen will, dann könnten ARD und ZDF also knapp 60 Millionen Euro im Jahr mehr für Filme oder Dokumentationen einsetzen. Die Summe ist bescheiden, dürfte die Produzenten aber freuen. Mehr Geld trage dazu bei, an „frühere Qualitätsstandards“ anzuknüpfen und die „beschämenden Verhältnisse zu mildern, in denen zu viele Kreative und Filmschaffende leben“, heißt es bei der Allianz Deutscher Produzenten. ih

Rundfunkbeitrag

Dreyer belehrt Schäuble

Die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer (SPD), hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Nachhilfe in Sachen Rundfunkrecht gegeben. In einem Brief an Schäuble zeigte sie sich „befremdet“ darüber, dass der Wissenschaftliche Beirat des Finanzministeriums ein Gutachten zu einer Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erarbeitet hatte. Das Gremium hatte vorgeschlagen, dass ARD, ZDF und Deutschlandra-



Dreyer

dio nur noch für Angebote zuständig sein sollen, die von den Privaten nicht geleistet werden – das würde in der Folge die Gebühr absenken. Problem an der Sache: Für Rundfunk sind die Länder zuständig. Der Bund hat nichts zu sagen. „Ich gehe nicht davon aus, dass wir den Beirat an die Kompetenzordnung des Grundgesetzes erinnern müssen, wonach Rundfunk in die Zuständigkeit der Länder fällt“, schreibt Dreyer nun und empfahl dem Gremium als Lektüre die letzte Rundfunkentscheidung des Bundesverfassungsgerichts – „um sich einem sachlichen Diskussionsniveau anzunähern“. mum